A4 Grundsatzprogramm

Gremium:	Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum:	02.05.2024
Tagesordnungspunkt:	9 Satzungs - und Ordnungsändernde Anträge

Antragstext

Wir kämpfen für eine bessere Gesellschaft

Als Campusgrün-Bundesverband blicken wir zurück auf über 20 Jahre Einsatz und Aktivismus für grün-alternative Politik an den Hochschulen, Universitäten und darüber hinaus!

In der Präambel unserer Satzung legen wir uns darauf fest, für die Verwirklichung einer Gesellschaft einzutreten, "in der soziale Gerechtigkeit herrscht, die Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand diskriminiert wird". In unserem Grundsatzprogramm wollen wir nun skizzieren, wie wir uns eine solidarische, feministische, ökologische, gewaltfreie und emanzipatorische Hochschullandschaft vorstellen.
Die Stärke unserer lokalen Mitgliedsgruppen ist es, Probleme zu erkennen und konkrete Ideen für die Verbesserung der Umwelt zu erarbeiten. Grüne Hochschulgruppen leisten außerdem wichtige Bildungsarbeit, bilden Bündnisse und prägen den feministischen, antifaschistischen und klimagerechten Diskurs.

Als grüne Studierende im Campusgrün-Bundesverband verstehen wir uns nicht nur als studentischen Verband, sondern als politisches Subjekt. Zusammen haben wir den Anspruch, die Gesellschaft von den Hochschulen aus, in Bündnissen oder mit Kooperationspartner*innen zu gestalten, bestehende Strukturen zu hinterfragen und Vorschläge für ein Gesellschaftssystem jenseits des Kapitalismus zu erarbeiten.
Wir leben Demokratie! Von der kleinsten lokalen Ebene bis zum bundeweit vernetzten Verband leben wir diese nicht nur vor; wir fordern sie jeden Tag aufs Neue ein. Wir sehen in Hochschulen und Universitäten wichtige Bausteine für eine freie und solidarische Gesellschaft. Deshalb müssen auch die Hochschulen und Universitäten Freiheit und Solidarität vorleben.

Als Studierende sehen wir uns nicht als Konsument*innen eines Ausbildungsprogramm für Kapital und Markt, sondern als Wissenschaftssubjekte, die aktiv an Wissenschaft teilhaben, die Wissenschaft und den Wissenschaftsbetrieb kritisieren, proaktiv verbessern und dabei einen unabdingbar wichtigen Anteil leisten. Gerade als feministischer Verband arbeiten wir an einer Neuorganisierung der Hochschulstruktur und Hochschuldemokratie.

Partizipative Demokratie

Immer wieder ist die Hochschuldemokratie Spielball gesellschaftlicher Konflikte. Im Nationalsozialismus wurden die jungen Studierendenschaften zur Speerspitze des Faschismus und nahmen zahlreich an Bücherverbrennungen teil. ALs Studierende tragen wir die Verantwortung, dass sich so etwas nei wieder wiederholt.

In den 1968ern wurden Studierendenbewegungen zum zentralen Ort gesellschaftlicher Debatte und Veränderung. An vielen Hochschulen wurde so endlich echte Partizipation von Studierenden möglich. Die Gruppenuniversität, in der wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Studierende zumindest ein Stück weit einbezogen werden, ist ein Meilenstein im Kampf für eine demokratisierte Gesellschaft. In vielen Bundesländern wurde dies nie vollständig verwirklicht,

so hat Bayern nach wie vor keine verfassten Studierendenschaften.

Mit steigendem Ökonomisierungsdruck steht die Hochschuldemokratie wieder verstärkt auf dem Spiel. Hochschulräte gewinnen an Bedeutung gegenüber dem akademischen Senat, Bologna nimmt den Studierenden die Möglichkeit die theoretischen Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, ohne ihr Studium zu gefährden.
Daher fordern wir unter anderem, dass an jeder Hochschule alle Gruppen - von den Studierenden über den Mittelbau und die Mitarbeitenden in Technik & Verwaltung bis hin zur Ebene der Hochschullehrer*innen - in den Entscheidungsgremien an jeder Hochschule paritätisch vertreten sind.
Doch unser Engagement endet nicht bei der Univeristät. Wir setzen uns auch über die Grenzen der Universität hinaus für einen echten sozialen Wandel in der Gesellschaft ein.

Wir betrachten die zunehmenden Eskalationen politischer Konflikte an Hochschulen mit Sorge. Beim Umfang mit diesen Konflikten können allerdings neue repressivere Hochschulgesetze keine Antwort sein. Hochschulen müssen ein Ort demokratisch vielfältiger Debatten bleiben.

Ein zentrales Anliegen von uns ist, dass es flächendeckend verfasste Studierendenschaften gibt, in denen Studierende eigenständig und demokratisch über ihre Anliegen entscheiden. Dazu braucht es studentische Landes- und Bundesverbände. Der freie Zusammenschluss von Student*innenschaften (fzs e.V.) spielt als Kooperationspartner*in und als bundesweiter Verband eine unabdingbare Rolle. Um unsere Interessen vertreten zu können, stehen wir dafür ein, dass Studierendenschaften ihr politisches Mandat aktiv ausüben können.

Ökologische Gerechtigkeit

Aufbruch aus der vorherrschenden kapitalistischen Verwertungslogik – hinein in den nachhaltig klimagerechten und gemeinwohlorientierten Hochschulraum!

Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut ökologische Gerechtigkeit darauf auf, den Menschen als Bestandteil der Natur und nicht als losgelöst von dieser aufzufassen. Diese wechselseitige Beziehung gilt es grundlegend ökologisch gerechter und im Einklang mit anderen Lebensformen zu gestalten. Das muss im Konflikt mit dem Kapital durchgesetzt werden, denn dieses reduziert die Natur seit jeher zu einer ausbeutbaren Ressource und führt zur Zerstörung unseres Planeten. Gegen diese Zerstörung müssen wir die Erde und die Natur endlich schützen. Ökologische Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer gesunden, lebenswerten Mitwelt.
Campusgrün als Zusammenschluss zahlreicher grün-alternativer Hochschullisten erkennt die Notwendigkeit von Veränderungen in ihrer Dringlichkeit an und sieht sich als einen Bestandteil von vielen Akteur*innen der Nachhaltigkeits-, Biodiversitäts- und Klimagerechtigkeitsbewegung. Dabei wollen wir sowohl die Hochschulen als auch die Studierendenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns der Verantwortung, die Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten. Die radikal-

ökologischen Positionen in den Studierendenschaften und den grün-alternativen Hochschulgruppen sollen umgesetzt und von dort aus in den Diskurs getragen werden. Außerdem kämpfen wir für eine von der breiten Gesellschaft getragene, ökologische und sozial gerechte Ökonomie die frei von Ausbeutungsverhältnissen, undemokratischen Machtverhältnissen und Ausgrenzung ist und das Zusammenleben in einer solidarischen Gemeinschaft ermöglicht.
Der Aufbruch aus dem kurzsichtigen, Gewinn orientierten, Ungleichheit schaffenden und Ressourcen verbrennenden Zeitalter des Kapitals muss in den Arbeitsstrukturen, den landes- und bundespolitischen Programmatiken der Studierendenschaften sowie n den Vorlesungssälen, der Forschung und den Verwaltungen der Hochschullandschaft stattfinden.
Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig ausgestaltete und ökologisch ausfinanzierte Hochschulen und Studierendenwerke. Diese müssen in der Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und Forschungsinstrumentenpark sozial gerecht und klimaneutral betrieben werden. Der motorisierte Individualverkehr soll durch einen flächendeckenden, kostenfreien ÜPNV, Sharing-Konzepte und einen Ausbau der Radinfrastruktur ersetzt werden. Das Ernährungsangebot sollte regional, saisonal und fair hergestellt sein und genügend Möglichkeiten für eine vegane oder vegetarische Ernährung bieten.

Die Energie- und Verkehrswende muss partizipativ für alle sein und transparent dokumentiert werden. Dem Mangel an problembewussten Verhalten soll durch die Förderung pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier Forschung und dem Aufzeigen von Alternativen in interdisziplinärer Lehre in allen Studiengängen entgegengewirkt werden.

Zu unserer Vision gehört die offene Bildung für eine klimagerechte Zukunft. Hier muss insbesondere ein kritischer Fokus gelegt werden auf Scheinlösungen durch technischen Fortschritt, das Propagieren einer sogenannten green economy und Entwicklungsdiskurse, bei denen bestehende Abhängigkeitsverhältnisse verstetigt und neue Abhängigkeitsverhältnisse etabliert werden. Die gesellschaftliche Vermittlung wird basisdemokratisch organisiert, dabei werden alle hochschulpolitischen Institutionen zur Einhaltung und Umsetzung verpflichtet. Die Wirtschaftsdemokratisierung wird wissenschaftlich vorbereitet und gegen Konzerninteressen eingefordert. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt durch einen flächendeckenden, kostenfreien ÖPNV und einen Ausbau der Radinfrastruktur, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen.

Solidarität und Bildung ohne ökonomische Zwänge
Inklusiv, sozial und antikapitalistisch:

Campusgrün stellt sich konsequent gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von Studierenden. Wir widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen, der in Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems, soziale und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt. Gute Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen Herrschaftshierarchien, den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation strukturell unterstützen und stärken - auch für das Leben nach dem Studium. Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär Privilegierte sein und muss allen barrierefrei, mindestens aber barrierearm zugänglich sein. Für ein inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen

Bedingungen gesichert sein.
Deshalb fordern wir:
Der Hochschulraum muss der Digitalisierung weiterhin die Türen offen halten. So wie währedn der Corona-Pandemie auch, muss die Möglichkeit bestehen, digital an Universitätsveranstaltungen - sei es an der Lehre oder an Gremienarbeit - teilnehmen zu können und entsprechende technische Voraussetzungen geschaffen werden, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und über die Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den individuellen Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen Kooperation untereinander oftmals im Weg steht.
Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab. AUch die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepassten, dynamisch und ausreichend finanzierten Vollzuschuss für alle Studierenden, der nicht zurückgezahlt werden muss und über die Regelstudienzeit hinaus geht leiten wir daraus ab. Für alle Beschäftigten an den Hochschulen fordern wir gerechte Arbeitsbedingungen. Für Studierende bedeutet das vor allem ein tariflich abgesichterter (Stunden-)Lohn, der die Studienfinanzierung ergänzen sollte oder andere Möglichkeiten der Studienfinanzierung gänzlich ersetzen könnte. Auch internationale Studierende sollten in Deutschland während des Studiums berufstätig sein dürfen.

Antifaschismus
Der rasante Anstieg von Antisemitismus, nicht zuletzt seit dem 7. Oktober 2023, sowie die weiterhin bestehende Verleugnung und Verharmlosung des Holocaust, ermahnen uns, dass "Nie wieder" nicht bloß eine leere Phrase bleiben darf, sondern dass auch Taten auf diese Worte folgen müssen. Wir stellen uns deshalb solidarisch an die Seite aller Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind. Gleichzeitig stellen wir uns an die Seite der palästinensischen Zivilbevölkerung, die nicht nur unter dem Terror der Hamas, sondern auch unter den gezielten Angriffen Netanyahus auf den Gazastreifen leiden.
Palästinenser*innen und Menschen muslimischen Glaubens sehen sich mit steigendem antimuslimischen Rassismus konfrontiert. Wir stellen uns klar gegen jeden Antisemitismus und jeden Rassismus.
Nicht erst seit der Correctiv Recherche zur AfD, die im Januar 2024 erschienen ist, sind wir uns der wachsenden Gefahr durch die AfD bewusst. Schon zu ihrer Gründung vor 11 Jahren machte die AfD deutlich, dass sie Anti-EU eingestellt ist, und seitdem fällt sie zunehmend durch Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf. Und auch, dass die AfD an Anhängerschaft gewinnt, obwohl sie immer radikaler wird, ist nichts Neues für uns. Nicht zuletzt die populistische Hetze der AfD gegen die Regierung, ob während der Corona Pandemie oder gegen sämtliche Vorhaben der Ampel-Regierung, findet Zuspruch in vielen Teilen der Gesellschaft. Gerade die Corona-Pandemie hat erneut zu einem Erstarken der AfD geführt, denn die wissenschaftsfeindlichen Postulationen der AfD, die sich mit den Einstellungen der Querdenken-Bewegung stark gedeckt haben, haben es möglich gemacht, dass auch die anderen Ansichten der AfD bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen konnten und dort ohne sie groß zu hinterfragen angenommen wurden. Die Notwendigkeit einer Brandmauer gegen die AfD besteht nicht erst seit gestern, doch stellen wir immer häufiger fest, dass andere konservative Parteien, allen voran die CDU, ihre Probleme haben mit der Abgenzung von der AfD. So ist die geschlossene Einheit von AfD und CDU gegen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, die sich zuletzt im Genderverbot in

Bayern äußerte, ein Paradebeispiel dafür, dass unsere so hochgehaltene Brandmauer schwächelt. Unser Ideal einer Hochschule und Gesellschaft ohne Diskriminierung: In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organiation und der gesamten Gesellschaft darf kein Platz für Faschist*innen, Rassist*innen und Antisemit*innen sein. Um solchen Kräften den Raum zu nehmen, müssen Hochschule und Studium nach dem Grundsatz der Gleichheit organisiert werden.
Damit dieser Grundsatz gelebt werden kann, bedarf es aber struktureller Änderungen. Ganz grundlegend gehört dazu die finanzielle Absicherung Studierender durch flächendeckendes und elternunabhängiges BAföG und Wohngeld, die über der Armutsgrenze liegen und tatsächlich finanzielle Sicherheit schaffen. Außerdem müssen die Hochschulen für eine Lehre einstehen, die sich an den Grundsätzen der Gleichheit orientiert und frei von jeglicher Form der Diskriminierung ist. Studentenverbindungen und insbesondere Burschenschaften dürfen kein Platz an Universitäten haben und so weder in die Matrikel aufgenommen noch als Hochschulgruppen anerkannt werden.
Das Hinnehmen von Unglichheiten, ohne dagegen vorzugehen, bedeutet für uns, das Fortbestehen ebendieser zu gewährleisten. Deshalb setzten wir uns auch über die Hochschule hinaus gegen jede Art der Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung ein.

Die Rolle von Hochschulen und Forschung:
Wissenschaft muss analysieren, wie rechte Einstellungen immer wieder in hegemoniale Positionen kommen. Hierfür muss der Grundsatz gelten: Wissenschaft ist sehr oft politisch, ob sie es will oder nicht. Ihre Wahrnehmung und Vermittlung können kein Abbild einer bewusstseinsunabhängigen Realität, eines objektiven Ursprungs abliefern. Gesteht man sich das ein, muss das „objektiv Normale“ durch historische Sozialisation und Materialität konstruiert und definiert werden.

Lehre muss in diesem Kontext so organisiert werden, dass die Beschäftigung mit Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Standard in der Ausbildung ist. Gerade die Tatsache, dass Hochschulen nicht nur in ihrem eigenen Wirkungskreis tätig sind, sondern als Triebfeder für gesellschaftlich progressive Entwicklungen die Gesellschaft verändern können, unterstreicht die Wichtigkeit dieser Forderung. Dazu gehören
auch ein verstärkter Fokus auf Demokratiebildung und das Aufzeigen und Entkräften rechter und faschistischer Argumentationsstrukturen.

Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass die Aufgabe von antifaschistischer Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen verfasst sein müssen, um ein Widererstarken des Faschismus zu verhindern"* Wir setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte gesellschaftlicher und studentischer Bewegungen in umfassender Form gefördert wird, aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können.
Dabei sollten die Hochschulen offen vorgehen und sich in der Öffentlichkeit klar von denjenigen distanzieren, die Forschung und Lehre offen zu diskreditieren versuchen.

*(Christ/Suderland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

Internationalismus

Wir alle leben auf dem selben Planeten und dabei sollte es keinen Unterschied machen, auf welchem Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler Kooperationen und Konflikte, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen Öffentlichkeit müssen wir die Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter uns lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mögen, das Erstarken von Isolation und Nationalismus löst die Probleme nicht, sondern lässt diese nur noch größer werden. Stattdessen sollten wir die Vielfalt und Vernetzung als Chance sehen, eine faire, freie und fortschrittliche Weltgesellschaft zu födern.

Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches Studium müssen dazu beitragen, Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und sich mit verschiedenen Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigt werden. Die Antwort auf Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist globale Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit: Mit Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Als CampusGrün setzen wir uns deshalb für die Verankerung einer Zivilklausel in sämtlichen Universitätsleitbildern und Hochschulgesetzen ein.
Dabei ist uns nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten darf, ein europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt auszuweiten.
Allen Menschen soll die Mitgestaltung der Gesellschaft möglich sein. Das heißt, Menschen des globalen Südens, marginalisierte Gruppen und die ökonomisch Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Internationale Zusammenabeit heißt, immer solidarisch zu sein!

Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und den daraus resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort versuchen wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren Perspektiven und Ideen gemeinsam und basisdemokratisch und versuchen Räume zu schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und treten ausschließenden Ideologien mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit, der (Post-)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

Feminismus und Gender

Gemeinsam kämpfen wir immer und überall gegen das Patriarchat!

Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen (FLINTA* Personen) sind diejenigen, die am meisten vom Patriarchat betroffen sind, mehr noch dann, wenn sie mehrfachmarginalisiert

sind.
FLINTA* Personen sind am stärksten von der Klimakrise betroffen, insbesondere diejenigen aus dem Globalen Süden. Vor allem weiblich sozialisierte FLINTA* Personen übernehmen den Großteil der Care-Arbeit. Dies geschieht auch deshalb, weil die Gesellschaft den Anspruch an Frauen und somit an alle weiblich sozialisierten Menschen stellt, sich um den Haushalt zu kümmern, unabhängig von ihrer Arbeitszeit und selbstverständlich auch unentlohnt. Zu Care-Arbeit zählt außerdem emotionale Kompetenz. In der Arbeitswelt sind FLINTA* Personen nach wie vor benachteiligt gegenüber endo-cisgeschlechtlichen Männern - auch aufgrund der Care-Arbeit. Insbesondere queere Menschen erfahren häufig Diskriminierung am Arbeitsplatz, ob nun offene Homo- oder Transfeindlichkeit oder schlichtweg das Fehlen geschlechtsneutraler Toiletten, die insbesondere Intergeschlechtliche oder Nichtbinäre nutzen könnten. Darüber hinaus ist auch die Berufswelt behaftet von Geschlechterstereotypen. Diese zeigen sich sowohl in den Berufsbildern und ihrer geschlechtsspeifischen Zuordnung, als auch in der ungleichen Bezahlung und Wertschätzung von Berufen, aber auch an der unterschiedlichen Behandlung innerhalb des gleichen Berufsfeldes je nach Geschlecht. Die Gefahr von Diskriminierung und Gewalt droht auch an der Universität. Dies äußert sich nicht nur durch explizite Gewalt und Übergriffe, die vor allem aufgrund von Besitzansprüchen an als weiblich interpretierten Körpern und rape culture existieren, sondern auch durch unsichtbare Diskriminierung, wie beispielswiese am Arbeitsplatz.
Der Schutz vor Übergriffen an der Universität ist oft nicht ausreichend gegeben und die Aufarbeitung von Übergriffen - sei es durch Machtmissbrauch oder durch mangelnde Sensibilität oder fehlende Stellen - gestaltet sich schwierig.
Insgesamt steigt die Zahl sexistischer und queerfeindlicher Übergriffe massiv an und auch die Zahl der Femizide wird von Jahr zu Jahr höher. Aus diesem Grund stehen wir nach wie vor solidarisch hinter der #MeToo-Bewegung und sämtlichen Opfern sexualisierter, misogyner und queerfeindlicher Gewalt und Diskriminierung.
Man sieht also: Die Prekarität von FLINTA* Personen steigt massiv an und wirkt sich ebenfalls auf die Bildungslandschaft und die Universität aus.
Doch es sind nicht nur FLINTA* Personen von der Unterdrückung durch das Patriarchat betroffen. Endo-cisgeschlechtliche Männer werden durch das Patriarchat in die Rolle des starken, unemotionalen Mannes gezwungen und sehen sich tagtäglich mit toxischer Maskulinität konfrontiert. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der endocisgeschlechtlichen Männer, da ihnen von kleinauf beigebracht wird, dass sie keine Gefühle oder Emotionen zeigen und bloß nicht als schwach wirken dürfen und sie somit bei gesundheitlichen Beschwerden häufig keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.
Von toxischer Männlichkeit sind aber auch trans* Männer, inter* Männer, nichtbinäre Menschen, die als männlich interpretiert werden, schwule oder bisexuelle Männer und Männer, die sich eher "feminin" präsentieren, betroffen, insbesondere dadurch, dass sie sich mit den entsprechenden Rollenerwartungen, die an männliche Personen gestellt werden, konfrontiert sehen, und wenn sie diese nicht erfüllen, Gewalt und Diskriminierung erfahren.
Was wir also sehen, ist dass Diskriminierung stets mit Weiblichkeit und/ oder der Abweichung von einer Norm zusammenhängt. Dem zugrunde liegt ein biologistisches, binäres und auf Stereotypen basierendes Verständnis von Geschlecht, dem wir entschieden widersprechen.

Verantwortungsvolle Wissenschaftspraxis
Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft

Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und das gute Leben für alle sorgen, kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft stehen. Dafür muss sie staatlichen wie wirtschaftlichen Einflüssen Widerstand leisten um das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen.

Die zunehmende Wettbewerbsorientierung der Forschung anstelle von Management-ähnlichen Strukturen, die zum Abbau demokratischer Selbstverwaltung führen, sowie eine Verstetigung von Zugangshürden statt einer inklusiven Öffnung des Bildungssystem, führt in der Gesellschaft zum Gefühl des Käuflichen, und diskreditiert die Gesamtheit der Wissenschaft.

Wir erkennen an, dass wissenschaftliche Auseinandersetzung immer zugleich Produkt und Produzent*in gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe ist. Themen aus dem öffentlichen Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre und umgekehrt. Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das Streiten in der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden.

Gegen die Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die Wissenschaft danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher Herausforderungen kommt, welche Auswirkungen sie haben und wie sie bewältigt werden können. Dabei definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig die Grenzen der wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein Sie mögen legal sein - aber in Hinblick auf eine solidarische Gesellschaft auf gar keinen Fall legitim! Aktuelle Herausforderungen wie die Klimakrise, Pandemien, der russische Angriffskrieg in der Ukraine, der immer weiter eskalierende Konflikt im Nahen Osten, Exklusionsmechanismen, Veränderungen der Arbeitswelt sowie soziale Spaltungen benötigen eine demokratische und reflektierte Wissenschaft, die sich den Normen einer demokratischen pluralen Gesellschaft sowie dem Gemeinwohl verpflichtet.

Die demokratische Pluralität muss sich in der demokratischen Mitbestimmung auf Hochschulebene niederschlagen. Die resultierenden politischen Diskurse sind ebenso notwendig wie die Autonomie von Hochschulen gegenüber übergeordneten politischen Organen. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-prekäre und allseitig inklusive Beschäftigungsverhältnisse.
Wettbewerb um die Vergabe von Geldern kann und darf eine ausreichende Grundfinanzierung nicht ersetzen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Wissenschaft und Gesellschaft in einem ständigen Dialog miteinander stehen. Es müssen gesellschaftliche Diskussionen über die Folgen von Technologien und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen Konsequenzen stattfinden. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen in allgemein verständliche Sprache übersetzt und in die Gesellschaft hineingetragen werden sowie für jede*n frei zugänglich sein.

Wir stellen uns gegen ein Verständnis von Transfer, das die Third Mission allein auf den Technologietransfer und die (privat-) wirtschaftliche Ausnutzung der Erkenntnisse in Form des Gründens von Start Ups vorsieht. Für die regionale Akzeptanz von Hochschulen ist mehr als das Schaffen von Arbeitsplätzen und isoliertem Wissenschaftsbetrieb notwendig. Eine Verankerung wird nur erreicht mit offenen Begegnungsräumen, einem engen Kontakt mit den Menschen vor Ort und dem beschäftigen mit in der Region vorliegenden Problemlagen.
Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt; an der Hochschule und darüber hinaus, mit friedlichen Mitteln und gewaltfreier Aktion. Wir glauben, dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht steht, Wege friedlicher Konfliktlösung und Möglichkeiten des gewaltfreien Zusammenlebens aufzuzeigen. Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder kriegerische Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für alle staatlichen Hochschulen. Wissenschaftsbereiche wie Friedensforschung und Konfliktprävention sollen stärker gefördert werden.
Hochschulen sollen auch jenseits ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein; Übergriffe jeglicher Art müssen restlos aufgeklärt und geahndet werden und das gesellschaftliche Klima sollte so gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten sicher und wohl fühlen können. In unserer Vorstellung sind Hochschulen Orte der Verantwortung füreinander, anstelle von Orten der militärischen Verantwortung, welche die Profitsteigerung der Industrienationen zum Ziel hat. Wissenschaft und Forschung bedeutet, dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen; wider den Profitinteressen!

Begründung

Unser altes Grundsatzprogramm ist von 2020. Seitdem hat sich sowohl (hochschul-)politisch, als auch gesamtgesellschaftlich einiges getan. Wir leben nach wie vor in einer Zeit multipler Krisen, die wir in unserem Grundsatzprogramm thematisieren wollten. Darüber hinaus wurden einige Änderungen vorgenommen, die eher redaktioneller Natur waren.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich